

Sehr verehrte Frau Bürgermeisterin,
sehr geehrte Damen und Herren des Rates,
sehr geehrte Damen und Herren der Verwaltung,
sehr geehrte Damen und Herren der Presse und
sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger der
Stadt Meerbusch!

Zum Haushalt 2019, den unser Kämmerer, Herr Fiebig letztmalig
aufgestellt hat, möchte folgendes sagen:

In den letzten Jahren hat die UWG in ihren Haushaltsreden eine Reihe von
Anregungen und Kritikpunkten aufgezählt. Leider hat sich die Situation
nicht wirklich verbessert. Beispielsweise

- sehen wir nach wie vor Potential in verschiedenen Formen der
interkommunalen Zusammenarbeit wie im Bereich der
Kassenführung, Kultur, Personal u.a., hier fehlt ein klares Konzept.
- Oder das - in meinen Augen seit Jahren-, genauer gesagt seit 2009,
sehr wichtigem Thema- nämlich das fehlende
Personalentwicklungskonzept der Stadt. Trotz ihrer Zusage vor
einem Jahr, Frau Bürgermeisterin, liegt es immer noch nicht vor.
Für mich als langjähriger Unternehmer ist das unverständlich. Wir
wissen um die demographische Entwicklung der kommenden Jahre,
hier muss nun schnellstens gehandelt werden. Wir müssen die Stadt
zukünftig personalpolitisch neu ausrichten und ausscheidende
Mitarbeiter durch bedarfsgerecht ausgebildete Kräfte ersetzen bzw.
ergänzen. Alleine die anstehende Digitalisierung erfordert
entsprechende Fachkräfte.
- Auch bemängeln wir erneut, das fehlende Entschuldungskonzept –
wieviel Jahre brauchen wir, um 20, 30 oder 50 % Schulden
abzubauen.

- Was äußerst bedauerlich war, ist der Umstand, dass fast der gesamte Rat dafür gestimmt hat, die Barbara Gerretz Schule zu schließen. Ich frage mich schon jetzt, wo die neue Grundschule geplant ist. Generell vermissen wir in Zusammenhang mit der geplanten, intensiven Neubebauung in Meerbusch ein schlüssiges Schulentwicklungskonzept.
- Positiv möchte ich erwähnen, dass das von uns seit Jahren geforderte Sportentwicklungskonzept endlich vorliegt. Nun wird von den Sportlern von Meerbusch eine zügige Umsetzung zu Recht erwartet. Ich wünsche mir jetzt sehnlichst, dass so etwas wie die Sanierung aller Hallen schnellstmöglich durchgeführt wird. Auch die winterliche Unterdeckung von Hallen in Büderich und Lank muss schnellstens beseitigt werden. Die Leichtathleten wurden bisher stiefmütterlich behandelt, obwohl wir eine qualitative Anlage bräuchten, damit Sportler nicht weiter in Nachbarkommunen abwandern. Dazu zählt insbesondere eine Tartanbahn, wettkampffähige Kugelstoß-, Hochsprung- und Weitsprung-anlagen. Im Übrigen sind für die Kommunen die Sportvereine die preisgünstigsten Jugendeinrichtungen. Man sollte sich überlegen, in Form von Sanierungen und Investitionen den vielen ehrenamtlichen Mitarbeitern damit ein Dankeschön und eine gewisse Anerkennung auszusprechen.
Im Haushalt sind leider nur knapp bemessene Planungskosten eingestellt und keine Aussagen bezüglich der zeitlichen Umsetzung.

Zum positiv geplanten Ergebnis des Haushalts 2019 ist nach meiner Meinung festzustellen, dass dies nicht, oder zumindest nicht vollständig, das Ergebnis guter Verwaltungs- und politischer-Arbeit ist. Es beruht eigentlich hauptsächlich auf der guten laufenden Konjunktur, den niedrigen Zinsen und den sprudelnden Steuereinnahmen. Der Haushalt 2019 ist also – wenn man so will – zum großen Teil ein Selbstläufer.

Nichtsdestotrotz möchte ich persönlich, und im Namen der UWG Herrn Fiebig für seine Tätigkeit und seine ausgezeichnete Zusammenarbeit ausdrücklich danken. Herr Fiebig, alles erdenklich Gute für ihren verdienten Ruhestand.

Unabhängig vom Haushalt, möchte ich einige Aspekte aus 2018 beleuchten die der UWG aber insbesondere mir als langjährigem Ratsmitglied auf dem Herzen liegen.

Es gab Geschehnisse, welche erst nach langem Hinterfragen zum Abschluss gekommen sind. Ich spreche da explizit das sog. Arbeiterwohnheim im Gewerbegebiet „Am Meerkamp“ an.

Seit September 2017, als ich zum ersten Male Frau Scholten auf diese unerträgliche Situation für die Anlieger aufmerksam gemacht habe, wurde ich nur einmal von den Herren Peters und Focken in der Ratssitzung im Oktober 2017 unterstützt.

Herr Assenmacher drohte nach vier Monaten mit der Schließung. Im Februar diesen Jahres sollte ein Zwangsgeld verhängt werden. Zwei Monate später wieder eine Blendgranate von Herrn Assenmacher, der letzte Schritt wäre nun eine Versiegelung. Erst Ende Juli, nach einem 3/4 Jahr, wurde das Arbeiterhotel geräumt.

Auch wenn die rechtliche Situation nicht ganz einfach war, bleibt fest zu halten:

1. Die BM und ihre Verwaltung haben zu langsam reagiert,
2. Es wurden haltlose, weil juristisch nicht durchsetzbare, Aktionen versprochen.

Offensichtlich hat es hier an Sach- und Fachkenntnis gemangelt.

Inzwischen tat sich eine neue Baustelle auf, welche bis heute nicht erledigt ist. Für Herrn Maatz scheint der Vertrag zwischen der Stadt Meerbusch und dem OBV, dem Jugendcafé „Juca“ Betreiber, die Tinte nicht wert gewesen zu sein. Es entschließt sich meiner Vorstellung, wieso in der Anfangsphase unsere Bürgermeisterin, die als Kulturdezernentin den Vertrag abgeschlossen hatte, und dann Herr Maatz die Vertragsbedingungen nicht nachgehalten und kontrolliert haben. Wenn ein Partner den Vertrag nicht einhält, muss dies vom anderen Partner angemahnt werden. Schlimmstenfalls sind juristische Schritte erforderlich, es handelt sich schließlich um Steuergelder die hier eingesetzt wurden. Leider geschah nichts!

Der OBV legte zu konkreten Fragen unterschiedliche und fragwürdige Unterlagen vor, auch hier kommt keine Reaktion von der Verwaltung. Man muss sich fragen, wieso nicht eindeutig im Sinne der Bürger kontrolliert und entsprechend gehandelt wurde?

Wir bezeichnen uns als die Stadt im Grünen. Aufgrund der Tatsache, dass hier im Hause beschlossen wurde, noch mehr wertvolle Ackerflächen zu Bauland zu erklären, anstatt zuerst einmal einen Innenentwicklungskataster zu erstellen, um festzuhalten, ob es nicht sinnvoller wäre, zuerst von innen nach außen zu bauen, entfernen wir uns

immer mehr von der Stadt im Grünen. Im Übrigen sollte der mehrgeschossige Wohnungsbau im Umland von Zentren forciert werden, Altbestände sollten recycelt werden statt auf der grünen Wiese neu zu bauen. Auch was uns immer mehr von der Stadt im Grünen entfernt, ist die Entscheidung über ein Gewerbegebiet an der A 44. Wertvoller Ackerboden wird zu Gunsten von mehr LKW Verkehr und dementsprechend mehr Umweltbelastung aufgegeben.

Wenn in dieser Form weiter expansiv gebaut wird, sehe ich die Gefahr in einiger Zeit, dass wir uns der Marke 60.000 Einwohner nähern. Die dann erforderliche Infrastruktur würde uns vor ganz neue Aufgaben stellen die u. U. nicht zu bewältigen sind.

Ihre Parteikollegen, sehr geehrte Damen und Herren der CDU, sind in Ihrer Denkweise schon viel weiter als sie. Auf dem Kreisparteitag der Düsseldorfer CDU, sorgten sich die Mitglieder darum, dass zu viele Grünflächen, die für die Lebensqualität wichtig und notwendig seien, durch den Bauboom welchen sie hier an den Tag legen, verloren gingen. Sie können demzufolge von ihren Kollegen in Düsseldorf noch sehr viel lernen. Vielleicht wäre es sinnvoller, bevor sie solche Entscheidung treffen, erst einmal in Düsseldorf nachzufragen, wie man dort so eine Sachlage einschätzt.

Für uns, die UWG, gab es zum Jahresende noch zwei erfreuliche Entscheidungen:

zum einen, dass unser Antrag bzgl. eines Glyphosatverbotes auf städtischen Grundstücken mehrheitlich beschlossen wurde, zum anderen, dass unser Antrag auf Erstellung einer Baumschutzsatzung mit knapper Mehrheit positiv beschieden wurden.

Dafür danke ich den Damen und Herren, welche uns dabei unterstützt haben.

Ein für Meerbusch wichtiges Thema fehlt in meiner Rede noch, nämlich das Thema Fluglärm. Die UWG ist froh, dass es letztlich durch viel aufklärende Arbeit durch uns gelungen ist, einen gemeinsamen Beschluss des Planungs- und Umweltausschusses herbeizuführen, dass die Stadt alle ihre Möglichkeiten, ich betone ausdrücklich alle, nutzt, das Flachstartverfahren abzuschaffen. Wir erwarten, dass der Flughafen endlich das Steilstartverfahren nunmehr den Fluggesellschaften empfiehlt. Die Kontrolle, ob dies geschieht muss von Meerbusch durchgeführt

werden, denn wir haben den Antrag in der Fluglärmkommission gestellt.

Uns wäre lieber gewesen, der Antrag wäre klarer formuliert worden, in dem der Flughafen aufgefordert würde, von seinem Hausrecht Gebrauch zu machen, um damit der Empfehlung der Gesellschaft für internationale zivile Luftfahrt (ICAO) zu folgen.

Weniger froh sind wir, mit dem bisherigen Ergebnis eines Rechtsgutachtens, ob gegen das Flachstartverfahren geklagt werden kann.

Hier hatten wir vorgeschlagen, eine andere Anwaltskanzlei zu beauftragen. Leider hatten wir damit Recht, da das vorgelegte Gutachten als völlig unzureichend und am Thema vorbei erstellt worden ist. Auch wenn das Gutachten zur Überarbeitung an den Anwalt zurückgegeben wurde, glaubt doch sicherlich niemand von Ihnen meine Damen und Herren, dass das neuerliche Gutachten zu einem anderen Ergebnis kommen wird – diese Blamage wird der RA sich nicht geben.

Mehr als bedauerlich ist für uns der Umgang mit dem Antrag von hunderten Lanker Bürgerinnen und Bürger mit der Unterstützung von 500 Budericher Unterschriften.

Auf den Wunsch, das Flachstartverfahren einzustellen, hat die Stadt reagiert und erste Schritte eingeleitet.

Der Wunsch, den Fluglärm durch konkrete Berechnungen eines neutralen Unternehmens bzw. Sachverständigen zu erfassen, sowie der Wunsch, die Route in Lank zu verschieben, ist mit einem in unseren Augen unsauberen Trick der Bürgermeisterin abgelehnt worden.

Obwohl die Lanker mündlich als auch schriftlich die Routenverlegung zurückgenommen hatten, wurden Routenverlegung und die Lärmberechnung als ein Antrag von der CDU und der SPD abgelehnt.

Frau Bürgermeisterin, Sie haben den Antrag auf Rücknahme der Routenverschiebung nicht ernst genommen und sich darüber hinweggesetzt mit dem Argument, er sei nur von den Wortführerinnen unterschrieben. Sie haben über Monate immer wieder mit denselben zwei Damen der Initiative korrespondiert. So etwas ist für uns, von der UWG, schon sehr grenzwertig. Viel schlimmer ist so ein Erlebnis für die betroffenen Bürgerinnen und Bürger, so etwas bringt immer mehr politisches Desinteresse in die Bürgerschaft. Sie, Frau Mielke-Westerlage, haben mit Ihrer Entscheidung, die Rücknahme des Antrages zur Routenverlegung nicht zu berücksichtigen, quasi den Lanker Bürgern eine Ohrfeige erteilt.

Wer nun glaubt, das Thema Fluglärm sei von der Tagesordnung, hat sich getäuscht. Für uns ist das Thema erst vom Tisch, wenn wichtige Fakten zu Gunsten unserer Bürgerinnen und Bürger geklärt sind.

Die Kapazitätserweiterung darf in keiner Form kommen; eine Empfehlung des Flughafens auf Steilstartverfahren ist noch keine Umsetzung. Eine Neuberechnung der Schutzzonen ist unbedingt erforderlich. Auch die Berechnung des Luftlärms sowie der Flugemissionen (Gifte) müssen wir im Sinne der Bürger dringend erreichen und ob dabei Routenverlegungen ein Thema werden, bleibt dann den Fakten überlassen.

Sehr verehrte Frau Bürgermeisterin, sehr geehrte Damen und Herren, ich habe Ihnen hier eine ganze Reihe von noch nicht abgearbeiteten Baustellen aufgezählt. Die UWG erwartet nun von Ihnen, von uns allen, dass wir im Resümee nach einem Jahr, diese weitgehend abgearbeitet haben. Sie, Frau Bürgermeisterin, werden hieran ganz besonders gemessen.

Wir haben in der Bundesrepublik seit Ende des zweiten Weltkriegs eine gesunde funktionierende Demokratie, und dazu gehört auch Kritik, und darum stehe ich hier aus voller Leidenschaft und Überzeugung. Kritik soll uns auch nachdenklich machen und uns öffnen für Vorschläge, Anregungen und Ideen aus dem „anderen Lager“. Insofern finde ich die derzeitige Situation mit einer „partnerlosen“ CDU positiv für die Demokratie.

Zurück zum Haushalt 2018: die UWG wird diesem Haushalt zustimmen, wenn auch in einzelnen Produkten weiteres Konfliktpotential steckt, das wir in produktivem Streit bearbeiten müssen.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und wünsche allen, auch hier betone ich ausdrücklich allen, ein gesegnetes und friedvolles Weihnachtsfest und ein gesundes Jahr 2019.

Wolfgang Müller
Ratsherr der UWG